

## Die Preistreibereinerordnung.

Eine Debatte in der Handelspolitischen Kommission.

Die Handelspolitische Kommission hielt am Mittwoch eine Vollversammlung ab, um zu der Preistreibereinerordnung Stellung zu nehmen. Den Vorsitz führten der Präsident der Handelskammer R. v. Schoeller und Bürgermeister Dr. Weisskirchner.

Präsident Ritter v. Schoeller verwies in seiner Eröffnungsansprache darauf, daß sich die Handelspolitische Kommission namentlich in ihrer 5. Session seit Kriegsbeginn in fast allmähentlichen Sitzungen mit den so ungeheuer wichtigen Versorgungsfragen beschäftigt und mit dem Preisproblem befaßt habe. Die erstatteten Vorschläge aber haben nicht immer das entsprechende Gehör gefunden. Die Handelspolitische Kommission hat auch zu der strafgesetzlichen Behandlung der Preisfragen bereits wiederholt Stellung genommen, bevor die neue Verordnung erlassen wurde. Diese selbst bildet den Gegenstand der Erörterung eines aus allen in der Handelspolitischen Kommission vertretenen Gruppen zusammengesetzten Ausschusses.

Regierungsrat Dr. v. Tschenthal führte aus: Durch die Preistreibereinerordnung wird der Hauptzweck, der durch sie erreicht werden soll, die Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsgegenständen, nicht nur nicht gefördert, sondern vielmehr gefährdet. Infolge der Ungenauigkeit der Begriffsbestimmungen erzeugt die Verordnung einen Zustand der Unsicherheit, der sehr ungünstig auf das Wirtschaftsleben zurückwirken kann. Weiter schafft die Verordnung auch große Unequalitäten, da ihre Bestimmungen halbwegs mit Erfolg nur auf den Warenhandel, namentlich auf den Uebergang der Ware an den Verbraucher, angewendet werden können.

Redner betont nachdrücklich, daß es nicht nur das Interesse der Produzenten und der Händler, sondern das der Allgemeinheit erfordert, eine möglichst klare Darstellung der Begriffsbestimmungen der Verordnung und eine Sicherung der legitimen Handels- und Erzeugungsgewerbe herbeizuführen, wozu allerdings die Preisprüfungsstellen in ihrer gegenwärtigen Gestalt kaum viel werden beitragen können. Produktion und Handel soll es ermöglicht werden, ehestens einen durchgreifenden Abbau der Preise der wichtigsten Lebensbedürfnisse herbeizuführen und durch Maßnahmen der wirtschaftlichen Organisation die Lebenshaltung der breiten Volksmassen wieder zu einer erschwinnlichen zu gestalten. Einzelne Schädlinge, die sich diesem Bestreben der Allgemeinheit entgegenstellen, mögen mit den strengsten Mitteln strafgesetzlicher Unterdrückung bekämpft werden. Diese Ziele werden aber nur zu erreichen sein, wenn alle Teile des Volkes sowie Gesetzgebung und Regierung zusammenwirken, wenn jede Uneinigkeit und Zwietracht der Bürger des Staates untereinander vermieden wird. Diesen Grundsätzen entspreche die jüngste Verordnung über die Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsgegenständen nicht.

Als genügendes Gegengewicht gegen diese Mängel der neuen Verordnung können die zu errichtenden Preisprüfungsstellen nicht angesehen werden, um so weniger als versäumt wurde, ihre rechtzeitige Wirksamkeit zu ermöglichen. Die Unzumutbarkeiten ihrer Zusammensetzung, die Schwierigkeiten, die sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, Preise zu prüfen und Richtpreise zu erstellen, ergeben müssen, rechtfertigen die Befürchtung, daß auch ihre Tätigkeit vielfach den Zweck einer besseren Versorgung mit Bedarfsgegenständen eher verfehlen oder sogar vereiteln wird als ihn fördern. Dazu kommt, daß sie den einzelnen Kaufmann der Rechtmäßigkeit der Unmittelbarkeit des Verfahrens berauben und bei der wichtigsten, vom Richter

nunmehr auf die Preisprüfungsstellen übertragenen Entscheidung die Mitwirkung des Hauptbeteiligten an der Rechtsfindung ausschalten.

Alle diese Gründe, schloß der Redner, veranlassen die in der Handelspolitischen Kommission vereinigten Vertreter der Produktion und des Handels sowie weiter Verbraucherfreise, an die Regierung mit dem Ersuchen heranzutreten, alle Maßnahmen zu treffen, durch die die Erzeugung der notwendigen Bedarfsgegenstände gesteigert, deren gleichmäßige Verteilung herbeigeführt und ein Abbau übermäßig hoher Preise in die Wege geleitet wird. Gleichzeitig mögen aber die auf die Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsgegenständen bezüglichen strafrechtlichen Anordnungen so hergestellt, verbessert und ergänzt werden, daß ihre geschilderten schädlichen Folgen vermieden werden und sie tatsächlich nur die notwendige strafrechtliche Ergänzung der noch zu erwartenden wirtschaftlichen Bekämpfung der Teuerung sind.

Nach eingehender Debatte wurde die Entschließung einstimmig angenommen.

Eine Rundgebung der Prager Produktenbörse.

Aus Prag, 26. d., wird uns telegraphiert:

Die Prager Produktenbörse hat sich mit einer Eingabe an das Justizministerium gewendet, in der die Abänderung der Strafbestimmungen gegen Preistreiberei gefordert wird und konkrete Vorschläge erstattet werden. Die Zahl der Mitglieder des Kaufmannsstandes bei den Preisprüfungsstellen soll auf drei vermehrt werden. Auch wird eine genaue Definition des Begriffes Kettenhandel in der Weise verlangt, daß sich des Kettenhandels derjenige schuldig macht, der Bedarfsgegenstände in der Absicht kauft oder verkauft, um durch diesen Umkehrhandel in Verbindung mit dem vorangegangenen Umsatz dieser Ware ein für die Versorgung der Bevölkerung überflüssiges Zwischenglied einzuschleiben und dadurch die Versorgung der Bevölkerung zu erschweren.